

Sächsische Volkszeitung

Er erscheint täglich nachm. mit Ausnahm der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal 1.80 M. ohne Porto. Bei a. u. b. Postämtern 1.90 M. für C. P. 1.90 M. Bei a. u. b. Postämtern 1.90 M. für C. P. 1.90 M.
Eingeliefert in 40 Exemplaren. Druckort: Dresden. 11-12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Verantwortliche Redakteur: Dr. phil. h. c. h. v. Bismarck. Druckerei: Bismarck-Druckerei, Bismarck-Str. 43. — Fernsprecher Nr. 1964.

Der hohe Bankdiskont.

„Was hilft mir alle Mittelstandspolitik, wenn ich nur für die Bank arbeiten muß!“ heißt es in den letzten Monaten gar mancher Geschäftsmann. Und er hat recht. Wenn der Gewerbetreibende der Bank sieben und mehr Prozente bezahlen muß, so bleibt für ihn so viel wie nichts übrig; er müht sich ab und plagt sich, um die Zinsen für seine Geldgeber aufzubringen; er bleibt ein ewiger Zinsknecht und kommt nicht vorwärts. Alle Godsonjunktur und das bestgehendste Geschäft nützt ihm nichts, wenn der Bankdiskont so hoch ist, daß er den Rahm des Geschäftes abschöpft. Eine richtige Mittelstandspolitik muß daher vor allem darnach trachten, daß wir einen erträglichen Diskont erhalten. Das große Warenhaus und das kaufkräftige Spezialhaus sind ziemlich unabhängig vom Bankdiskont; sie sind in der Regel ihre Bank in sich selbst; der mittlere Geschäftsmann aber kommt ohne eine Bank nicht mehr aus und er ist wiederholt genötigt, den Kredit derselben in Anspruch zu nehmen. Je höher nun der Zinsfuß steht, um so schlimmer für ihn.

Es ist ein schäblicher Trost, wenn man unserer Geschäftsleute sagt, daß es in England nicht besser sei; davon hat niemand etwas. Aber die Verhältnisse in England liegen auch ganz anders; dort ist ein weit größeres Vermögen und Kapital im Besitze des Mittelstandes; da kann man hohe Zinsbelastung eher aushalten. Auffallend aber ist, daß man uns nur auf England verweist, nicht aber auf Frankreich; letzteres liegt uns doch viel näher und hat einen auffallend niedrigeren Diskont. Während man bei uns 7 Prozent bezahlt, kann man dort zu 3 Prozent Geld in Kasse und Kasse erhalten. Ein niedriger Diskont aber ist gerade für unseren Mittelstand das befruchtende Element. Es verlohnt sich deshalb, etwas den Ursachen der hohen deutschen Diskontsätze nachzugehen und man wird finden, daß es derselben sehr viele gibt.

Die nationalliberale „N. N. W. St.“ hat dieser Tage hierüber einen sehr bemerkenswerten Artikel gebracht; man sieht hier zunächst, daß kein Größerer als Reichsbankpräsident Koch die Tatsache des damals gegenüber dem unrigen um 4 Prozent niedrigeren Bankdiskonts in Frankreich vor wenigen Wochen erst auf die reichen Silbervorräte der Bank von Frankreich zurückgeführt habe. Dann wird einem gelegentlichen Mitarbeiter des Blattes das Wort gegeben, der diesen Auspruch des Reichsbankpräsidenten weiter auspinnt und erläutert. Die Menge des Edelmetalls habe mit der gewaltigen Vermehrung von Handel und Gewerbe in Deutschland nicht Schritt gehalten. Die Ausschüttung des Silbers hätte die Verzinsungssubstanz zu sehr vermindert. Die internationale Einfuhr und die Etablierung des offenen Marktes für Gold habe bei uns einen fortwährenden Goldmangelzustand geschaffen, insofern zu jeder Zeit durch Zusammenarbeiten von einigen Großbanken ein solcher Goldmangel mit steigendem Diskont arrangiert werden könne. An einer anderen Stelle heißt es dann wörtlich: „Der Grund des hohen Diskonts liegt in der chronischen Geldnot der Reichsbank, und wenn diese Not keine zehntausendtägige, trägt die „bewährte“ Goldwährung ihre Früchte für wenige Millionen Unkundige heutige unter dem Druck der Zinsen, die einige Hundert „Wissende“ einheben. Es mag hier die Banken in Frankreich der seit Mai 1900 stabile Diskont von 3 Prozent eine Abgeschmacktheit (absurdität) sein, für den französischen Arbeitskörper war es ein Segen!“ Weiter führt der Verfasser dann die Tatsache an, daß jeder Prozent Diskonterhöhung die deutsche Arbeitswelt um 100 Millionen erhöhter Zinszahlung belastet, und er fordert deshalb zur Beseitigung dieser enormen Belastung: 1. Goldkäufe aus dem Ausland durch die Reichsbank; 2. Wiedereinführung des Silbers als Zahlungsmittel für den gesamten Inlandsverkehr, während das Gold als Basis für den Auslandsverkehr gelten solle.

Es ist sehr bezeichnend, daß das liberale Blatt hier indirekt für eine Art Doppelwährung Stimmung macht; aber noch auffällender ist es, daß es dem Börsegesetz nicht den Vortritt macht, daß es an dem hohen Diskont schuld sei. Wie der genannte Verfasser und mit ihm wahrscheinlich alle noch nicht in volle Abhängigkeit von Bank- und Börsearroganz versunkenen Industriellen über diese unsere Börsegesetzgebung denken, das geht aus folgenden kurzen Worten hervor: „Der Mangel der Börse über die Börsegesetzgebung von 1896 dürfte der Arbeitskörper der Nation die Frage gegenüberstellen, was würde die Börse uns abspenken haben, wenn das Börsegesetz uns nicht geküßt hätte?“ Wenn der Herr Reichskanzler diese Frage ohne börsenliberal gefärbte Brille lesen und ernstlich darüber nachdenken wollte, dann müßten ihm doch ernste Zweifel darüber aufsteigen, ob er seinen neuesten Freunden auf der Linken zuliebe dem Arbeitskörper der Nation den Schatz dieser Börsegesetzgebung entziehen dürfe. Dann würde Herr Fürst Bülow vielleicht zu der Einsicht kommen, daß diejenigen, welche eine Börsegesetzreform in diesem Sinne bekämpfen, nicht die „Schenkklappen“ vorgefahreter Meinung tragen, nicht einseitig agrarische Sonderinteressen, sondern das dringendste Interesse des gesamten Arbeitskörpers der deutschen Nation vertreten. Aber der Reichskanzler darf ja nach den Darlegungen des nationalliberalen Abgeordneten Schiffer nicht mehr objektiv sein; er muß sich auf die Liberalen stützen und nach diesen folgen; sonst gibt es einen großen Krach!

Wir geben nun ohne weiteres zu, daß die Verhältnisse an der Reichsbank einen Teil der Schuld an unserem hohen Diskont tragen; aber andere Ursachen haben mitgewirkt und darunter sieht leider nicht in letzter Linie die Finanzgebarung des Reiches selbst und zwar in zweifacher Hinsicht. Die heillose Schuldenwirtschaft verhängt zu viel Gold und belastet den Markt sehr stark. Im letzten Jahre hat das Reich über 250 Millionen Mark neue Schulden gemacht und im Jahre 1907 stehen gar 400 Millionen neue Anleihen bevor. Wenn das Reich so oft und mit solchen hohen Beträgen auf den Geldmarkt kommt, dann muß eine Knappheit eintreten; dann sinkt in erster Linie der Kurs unserer Anleihen so gewaltig, wie es jetzt der Fall ist. Seit langer Zeit haben die Anleihen nie so tief gestanden wie jetzt; müssen doch schon die Städte wieder zu 4 Prozent übergeben, um überhaupt Geld zu erhalten und wenn es im Reich so weiter geht, sieht auch für dieses ein höherer Zinsfuß vor der Tür. Also größte Sparsamkeit im Reichshaushalt und Aufhören der Pumpwirtschaft; das nützt sehr viel.

Nun kommt noch ein zweites dazu, das sind die Schatzanweisungen. Das Reich hat bekanntlich keinen Betriebsfonds, aus dem es bei Mangel an Geld die Bedürfnisse bestreiten könnte. Wiederholt kommt es vor, daß die Einnahmen nicht so rasch fließen wie die Ausgaben, daß Fehlbeträge vorhanden sind; die Ausgaben aber müssen bestritten werden. Da gibt dann das Reichskanzleramt seine sogenannten Schatzanweisungen aus, die jährlich bis auf 350 Millionen Mark gehen können. Wenn nun plötzlich solche Schatzanweisungen in der Höhe von 50 Millionen Mark auf den Geldmarkt kommen, wenn die Reichsbank so viel Gold abgeben muß, so wirkt das auf die gesamte Geldlage zurück und zwar in der Richtung einer Verteuerung des Geldes. Hier muß zuerst der Hebel angefaßt werden, so daß die augenblicklichen Bedürfnisse des Reiches auf andere Weise gedeckt werden; man könnte ganz leicht einen Betriebsfonds schaffen, indem man die 120 Millionen Mark, die als Kriegsfonds im Juliusturm in Speerbau liegen, zu einem solchen umwandelt. Dann hätte man keine neue Anleihe hierfür erforderlich; das Reich hätte Geld und die Zahl der Schatzanweisungen wäre viel geringer. Der Nachteil, daß man im Mobilisationsfall nicht sofort 120 Mill. Mark besitzt, ist ein geringer, dieses Geld reicht doch nicht sehr lange. Die Millionen-Anleihen verhängen ganz andere Summen und verloren ist ja dieses Geld nicht; es wirkt nur befruchtend auf das gesamte Finanzwesen des Reiches ein. Was es hier in den Friedenszeiten an Zinsen erpart, der Geschäftswelt an Diskont erpart, das geht weit über den Nutzen für den Fall der Mobilisation. Deshalb sollte dieser Plan eingehend erwogen werden.

Unser Mittelstand hat ein Recht darauf, daß er Geld zu einem annehmbaren Zinsfuß erhält, weil er nur dann entschieden vorwärts kommt und dem Reichsganzen erhalten bleibt. Daher muß bald etwas zur Behebung der Geldsalamität geschehen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 3. April 1907.

Der Gesetzentwurf betreffend Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse, der zurzeit noch der Beratung des preussischen Staatsministeriums unterliegt, aber bald an den Bundesrat und Reichstag gelangen wird, sieht im Sinne des kaiserlichen Erlasses nicht nur Straflosigkeit für alle verächtlichen Beleidigungen des Kaisers, der übrigen Bundesfürsten und der Mitglieder ihrer Familien vor, sondern auch eine erhebliche Herabsetzung der Verjährungsfrist. Bisher verjährte die Strafverfolgung bei derartigen Beleidigungen erst in fünf Jahren und im Falle der Anwendbarkeit des Preßgesetzes erst in sechs Monaten. Staatsminister Dr. Graf v. Feilitzsch hat dem Prinzregenten sein Mißtrittegesuch unterbreitet. Die Verabschiedung, sowie die Ernennung des neuen Ministers sind Ende dieser Woche zu erwarten.

Zu dem Projekt einer Weltausstellung in Berlin im Jahre 1913, die zugleich auch als Feier des 25-jährigen Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms II. gelten möchte, schreiben die „Berliner Polit. Nachrichten“: Wir können auf das bestimmteste versichern, daß der Kaiser vor noch nicht langer Zeit, als die Frage an ihn herangebracht wurde, sich ganz entschieden gegen die internationale Weltausstellung in Berlin im allgemeinen und gegen eine solche Ausstellung als Feier seines Regierungsjubiläums im besonderen ausgesprochen hat. Der Kaiser hat dabei auch Gelegenheit genommen, die Gründe seines Verhaltens, die ihn zu dieser ablehnenden Haltung bestimmten, darzulegen.

Zur Haager Friedenskonferenz macht das erbliche Mitglied des Herrenhauses, Fürst Sulkowski, einen Vorschlag, der leider eine schöne Utopie bleiben wird; er wünscht eine Verminderung der finanziellen Aufwendungen für das Meer und meint zur Begründung des Vorschlages: Die Maßnahme wäre ungefähr der Einigung der wirtschaftlichen Syndikate über die Verteilung der Produktionsziffern zu vergleichen, und ihre Durchführung würde auch eine Art Preisstein für die Ehrlichkeit der Abriistungstendenzen unter den einzelnen Völkern darbieten. Nehmen wir an, die Haager Friedenskonferenz würde sich durch das consensus omnium dahin einigen, daß 10 Prozent bis 25 Prozent der Staatsausgaben für Heere und Marine aus einem Durchschnitt der letzten fünf Jahre ge-

strichen werden, so würde sich alsbald zeigen, ob die einzelnen Staaten wirklich das Bestreben haben, die Rüstungseffekte zu vermindern. Nachdem Herr Fürst Bülow in seiner ersten Rede zum Etat ausdrücklich zugestanden hat, daß Ersparnisse beim Heere gemacht werden können, darf es als zweifellos sicher gelten, daß manche Ausgaben für die Armee nicht bloß im Rüstungseffekt für den Kriegsfall gemacht werden. Sonach kann man vielleicht annehmen, daß mit einem Abstrich von 10 Prozent des Heeresetats keine sofortige Verminderung der Truppenzahl und der sonstigen Kriegsvorbereitungen eintritt, oder daß wenigstens die Verminderung nicht vollständig dem Abstrich an den Heeresetats gleich ist. Diejenigen Staaten, die selbst mit dem letzten Risiko einer Verminderung der Wehrkraft die Konsequenzen des Beschlusses ziehen würden, hätten also die Geldprobe bestanden. Aber selbst wenn dieses äußerste Ziel nicht sofort erreicht wird, so wird doch ein Reduzierungsbeschluss die einzelnen Staaten zur Sparsamkeit zwingen und dadurch wäre dann die nationale und privatwirtschaftliche Lösung des Abrüstungsproblems gefunden. Die Formulierung wäre also für die Haager Konferenz darin zu finden, daß nicht der Effekt und der Umfang der Rüstungen, sondern nur der Effekt und der Umfang der finanziellen Aufwendungen einer Nachprüfung zu unterwerfen wäre, und daß über die prozentualen Abstriche eine internationale Einigung angestrebt und zustande gebracht würde. Ist der Wille vorhanden, dann findet sich auch ein Weg. Das internationale Abkommen müßten selbstverständlich die einzelnen Staaten bis zum Wiederzusammentritt der Haager Konferenz finden. Mit den inzwischen gesammelten Erfahrungen könnte dann für eine spätere Zeit weitergewirtschaftet werden, so daß also die Lösung des internationalen Problems durch den Reim des nationalen privatwirtschaftlichen Interesses gefunden werden könnte.“ Da könnte freilich Herr Bülow sich als großer Spartankämpfer zeigen, aber in Romallo will er ja eben Italien dafür gewinnen, daß es jeden Abrüstungsgedanken von sich weist. Deutschland scheint wieder im Haag mit allen Mitteln auf seine Isoliertheit hinarbeiten zu wollen.

— Eine sehr hübsche nationalliberale Nebenregierung wird durch Preise von Bennigens in der „Deutschen Revue“ entthält. Am 10. April 1875 schrieb R. v. Bennigens, damals auf der Höhe seiner Macht, an seine Frau: „Bismarck hat mich heute sprechen wollen, weil jetzt endlich mit den Ultramontanen wirklich Ernst gemacht werden soll und er über die nächsten Schritte und deren Aufnahme im Abgeordnetenhaus eine Unterredung gewünscht hatte, welche zum Teil bei Tisch nicht möglich war, da er seine neuere Nachbarschaft, die hübsche Polchasterin von Cesterreich, Gräfin Karolgi, doch auch unterhalten mußte. Das heute eben mir bereits zugedachte Gesetz über die Anordnung der Verfassung hinsichtlich der Privilegien der katholischen Kirche wird wie eine Bombe unter die Kerkerfenster fahren. Dieses Gesetz hat der Kaiser gestern glücklich unterzeichnet gehabt, gereizt mit Recht durch die unfinnige und unverkündete Erklärung sämtlicher preussischer Bischöfe aus Fulda, welche heute im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht wird. Den Entwurf wegen Aufhebung sämtlicher Klöster und Orden, männlicher wie weiblicher, mit alleiniger Ausnahmebefugnis für die Regierung, die Barnherzigen Zwölfer und ähnliche Krankenorden auf Widerruf fortbestehen zu lassen, zu unterzeichnen macht der Kaiser aber doch noch Schwierigkeiten, hinter denen die Kaiserin wieder steckt. Ich habe heute Bismarck bei Tisch und nach Tisch übrigens wiederholt auf das dringendste aufgefordert, endlich Cuxenburg zu zwingen, alle die unfähigen oder geradezu Kerisal gekanntes höheren Beamten, Präsidenten, Regierungsräte und Landräte am Rhein und in Westfalen zu beurlauben oder doch in protestantische Gegenden zu versetzen, welche fortwährend alle unsere geistlichen Maßregeln illusorisch und die Bevölkerung immer noch an dem Ernst der Aktion zweifeln machen. Bismarck hat das auch auf das bestimmteste in Aussicht gestellt.“ — Wir danken für diese Mitteilung. Der Führer der Nationalliberalen forderte also den Reichskanzler auf, den Minister des Innern zu zwingen, einen großen Schub an den Beamten vorzunehmen, selbst solche abzusetzen. Eine schlimmere Nebenregierung kann man sich kaum denken. Die „N. N. W.“ feiert noch das Gedächtnis Bennigens bei der Annahme der Verfassung und sagt dann hinzu: Wenn es ihm später nicht mehr gelang, einen Ausgleich zwischen Bismarck und der nationalliberalen Partei herbeizuführen, so lag es eben daran, daß Bismarck den Bruch unter allen Umständen wollte und die günstige Gelegenheit benutzte, um sich von den Nationalliberalen unabhängig zu machen.“ Ganz dasselbe vollzog sich am 13. Dezember 1906 mit dem Fürsten Bülow; auch er wollte den Bruch unter allen Umständen.

Heber die Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht schreibt die konservativere „Kreuzzeitung“ in ihrer letzten Wochenrundschau: Die Liberalen können sich nicht verhehlen, daß die Beseitigung der Geistlichen aus der Ortschulaufsicht auf dem Lande durchaus keine vollständige Forderung ist, daß sie ferner gleichbedeutend wäre mit der Beseitigung der Ortschulaufsicht überhaupt, und daß daher die preussische Regierung gar nicht darauf eingehen kann. Wir wollen von den katholischen Ortschulinspektoren nicht erst reden, denn es bedarf gar keines Wortes darüber, daß dort ganz allgemein die Absetzung des Pfarrers als Ortschulinspektor wie ein Eingriff in wohlverworbene, Jahrhunderte alte Rechte der Kirche aufgefaßt würde und die Bevölkerung er-